



Antrag

der Abgeordneten **Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner, Daniel Halemba** und **Fraktion (AfD)**

Ablehnung und Neubewertung der Projekte SuedLink und SuedOstLink – Für eine bürger- und landschaftsverträgliche Energieversorgung in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die Planung und der Bau der SuedLink- und SuedOstLink-Stromtrassen durch Bayern gestoppt werden und die beiden Projekte grundsätzlich neu auf Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit überprüft werden.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, sich im Bund für eine Alternativenprüfung einzusetzen, die regionale, bürgernahe, dezentrale und vor allem grundlastfähige Energieversorgungskonzepte bevorzugt sowie sich für eine bayerische Energiepolitik einzusetzen, die Versorgungssicherheit, Preisstabilität, Technologieneutralität und Akzeptanz in der Bevölkerung gewährleistet.

Begründung:

Die Großprojekte SuedLink und SuedOstLink stehen als Symbol für die Fehlentwicklungen der sogenannten Energiewende. Der geplante Nord-Süd-Stromtrassenverlauf durch Bayern bedeutet einen massiven Eingriff in wertvolle Kulturlandschaften, landwirtschaftlich genutzte Flächen sowie Erholungsgebiete und sorgt bei Anwohnern, Kommunen und Grundstückseigentümern für erhebliche und berechtigte Widerstände. SuedLink und SuedOstLink dienen hauptsächlich dem Transport von Windstrom aus Norddeutschland nach Süddeutschland, sind jedoch auf Grundlastfähigkeit und Versorgungssicherheit nicht ausgelegt. Hinzu kommt, dass der immens teure Leitungsbau und die dafür notwendigen Eingriffe in Natur und Eigentum der Bürger in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Nutzen für Bayern stehen. Regionale bedarfsgerechte und grundlastfähige Energieerzeugung – zum Beispiel durch moderne KWK-Technologie (KWK = Kraft-Wärme-Kopplung), Speicherlösungen, Wasserkraftwerke und ggf. neue Technologien – gerät durch den Vorrang für zentralistische Großvorhaben ins Hintertreffen. Insbesondere ländliche Räume verlieren an Attraktivität und Anwohner werden durch Wertverluste und mögliche gesundheitliche Beeinträchtigungen belastet. Der stetig steigende Energiebedarf muss in Bayern durch eine eigenständige, verlässliche, bezahlbare und akzeptierte Energiepolitik gedeckt werden. Dies kann nicht durch eine Orientierung auf länderübergreifende Großprojekte, sondern nur durch eine Rückbesinnung auf bayerische Stärke sowie regionale und innovative Konzepte erreicht werden.